



Abgestempelt
Sortieren auf russisch.

Das Problem auf Seite 5

In Russland werden Menschen aus dem Kaukasus zu „Schwarzen“ gestempelt, diskriminiert und gejagt.
Von Olga Reznikova

Irsa: *(8 Jahre alt)* Wir hatten einen Kater,
der hieß „Pfirsich“. Er war so... so weiß.

Olga: Warum habt ihr ihn Pfirsich genannt,
wenn er weiß war?

Irsa: Er hatte so eine Farbe wie deine Hand –
ich habe aber schwärzliche Haut.

Olga: *(erstaunt)* Warum schwarz?
Wir haben doch dieselbe Hautfarbe.

Irsa: Das weiß ich doch nicht, warum!
Ich weiß nur, dass ich schwärzlich bin .

Irsa ist nicht die einzige, die sich als eine Schwarze bezeichnet. In Tschetschenien, wo sie und ihr Bruder mit mir geredet haben und wohin sie vor ein paar Monaten aus dem Exil zurückgekehrt sind, ist die neue Zuschreibung weit verbreitet.

Bei einem Interview in Grosny mit einer tschetschenischen Literatin, die sich mit der Frage des „tschetschenischen Schwarzseins“ auseinandersetzt, tritt das zutage. Sie argumentiert selbst mit biologisch-evolutionistischen Begriffen und ihre Aussage weist eine deutliche selbst-rassifizierende Tendenz auf: „Ich weiß nicht, woher alle diese Gesichter raus gekrochen sind: schwarz, irgendwie schmutzig, mit solch einer Nase. Wahrscheinlich sind alle wahrhaftigen Tschetschenen, unser ganzer Genpool, im Krieg oder bei den Säuberungen umgekommen. Es blieb nur dieser Abschaum [bydlo]. Früher hatten die Tschetschenen blaue Augen und symmetrische Gesichtszüge.“

Wie solche Rassifizierung in Russland nach zwei tschetschenischen Kriegen entsteht und welche Rolle dabei die programmatische Erschaffung einer Grenzregion mit eigenen Gesetzen, Gefängnissen und eigenem Gerichts- und Wirtschaftssystem spielt, ist Gegenstand für eine weitere Analyse. Hier versuche

ich einige Beobachtungen und Gedanken auszuarbeiten, wie ein solches „Schwarzsein“ entsteht.

In deutschen Diskursen unterscheidet man häufig zwischen „guten“ und „schlechten“; zwischen integrierten und nicht integrierten, zwischen christlichen und nicht-christlichen „Ausländern“. Die „Migranten“ in Moskau sind zum großen Teil Bürgerinnen und Bürger der Russischen Föderation, sie sprechen dieselbe Sprache oder haben sie zumindest bis vor Kurzem gesprochen. Zudem haben sie dasselbe Schulsystem wie alle postsowjetischen Bürgerinnen und Bürger durchlaufen. Wobei man das gleiche auch über viele „Migranten“ in Moskau sagen kann, die Bürgerinnen und Bürger anderer Staaten sind oder Personen ohne Staatsbürgerschaft. Die meisten Migrantinnen und Migranten haben einen Pass der ehemaligen Sowjetrepubliken oder besitzen nur den alten Pass aus Zeiten der Sowjetunion, in dem auf der ersten Seite unter Punkt fünf (manchmal auch drei) die ethnische Zuschreibung steht, beispielsweise kasach (Kasache).

„Ich weiß nicht, woher alle diese Gesichter raus gekrochen sind: schwarz, irgendwie schmutzig, mit solch einer Nase“.

Leningrad für Deportierte verboten

Der heutige Rassismus in Russland ist stark durch die Kriege auf dem Kaukasus der zurück liegenden 20 Jahre beeinflusst, aber er basiert in erster Linie auf der sowjetischen bzw. post-sowjetischen Bürokratie. Denn die Grundlage für dieses Auseinanderdividieren der Staatsangehörigen in „Migranten“ und „Einheimische“ sind heute vor allem die Pässe (Ausweis der Russischen Föderation). Die Grenzziehung zwischen „schwarz“ und „weiß“ entsteht durch den Stempel auf Seite fünf, ein Eintrag über die Propiska, eine amtliche Wohnsitzanmeldung.

Mit diesem Stempel auf der fünften Seite, der zum größten Teil die Funktion des fünften Punktes in den sowjetischen Pässen ersetzte, fängt in Moskau sowohl die Erfindung des neuen „Problems der Migration“ als auch die Neuauflage des „kaukasischen Problems“ an. In den medialen, wissenschaftlichen und auch menschenrechtlichen Diskussionen gibt es viele unterschiedliche Meinungen darüber, wie man das lösen soll. Dabei sind sich von bürgerlichen Initiativen und Angehörigen ethnischer Gruppen bis zu staatlichen Institutionen, Meldeämtern und wissenschaftlichen Communities alle darin einig, dass ein „Problem“ besteht und Lösungen vorgeschlagen werden sollten. Diese Lösungsvorschläge tragen auf unterschiedlichen Ebenen dazu bei, die Menschen aus den Republiken (Kolonien), egal ob sie dem heutigen (mit Pass) oder ehemaligen Imperium (ohne Pass) stammen, als eine große homogene „schwarze Gruppe“ wahrzunehmen.

Das System der Registrierung stammt noch aus Sowjetzeiten und hieß auch damals schon Propiska. Einerseits hatte es die Funktion eines Kontrollsystems, andererseits sollte es die Bewegungsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger einschränken. Besonders drastisch war es für die Dorfbevölkerung während der großen Hungersnöte. Im Jahr 1935, gleichzeitig mit der Einführung der Propiska, wurde auch im Pass der so genannte fünfte Punkt eingeführt, der die ethnische Zugehörigkeit fixiert. Und mit ihm die entsprechenden Sortierverfahren. Zwischen diesen beiden repressiven Methoden besteht eine enge Wechselwirkung. So hing während der ethnischen Deportationen zwischen 1937 und 1953 die Erlaubnis, sich in einer Wohnung anzumelden, vom fünften Punkt ab. Wer in seinem Pass unter Punkt fünf *chеченec* (Tschetschene), *касаch* (Kasache), *еврей* (Jude) oder *ингусch*

(Ingusche) stehen hatte, durfte sich nicht in Moskau oder Leningrad registrieren. Die ethnische Trennung hing dabei sprachlich mit dem Wort *spezpereselenech* (Deportierte) zusammen, heute ist es das Wort *cherny* (schwarz). Nach dem Zerfall der Sowjetunion wurde das Propiska-System am 1. Oktober 1993 per Verfassungsgerichtsentschluss offiziell abgeschafft und durch eine Registrierung ersetzt. Die neue russische Verfassung garantiert in Artikel 27 zwar allen Bürgerinnen und Bürgern die Bewegungsfreiheit innerhalb des Staates – die Praxis sieht aber anders aus.

Ständige Angst vor Kontrollen

Ständige Angst vor Kontrollen

Wer zum Beispiel mit seinem Wohnsitz in Grosny registriert ist, darf sich nicht länger als 90 Tage in Moskau oder an anderen Orten aufhalten. Vor 2004 waren es sogar nur drei Tage.

Als „illegale Migranten“ gelten in Moskau deshalb sowohl Menschen ohne russischen Pass, die keine „Registrierung für die ausländischen Bürger oder Personen ohne Staatsbürgerschaft“ durchlaufen haben, als auch Bürger mit russischem Pass aber eben ohne besagte *Propiska*, also ohne offizielle Wohnsitzanmeldung in der Hauptstadt.

Die beiden Formen der Registrierung sind kaum legal zu erwerben, aber eine Voraussetzung für jede legale Arbeitsbeschäftigung, ärztliche Behandlung, Einschulung des Kindes usw. Die Prozedur verläuft wie ein Teufelskreis: Der Antragsteller will ganz offiziell eine Wohnung mieten, um eine Propiska zu bekommen, die er wiederum braucht, um bei der Arbeitsstelle, bei der er schon seit Jahren illegal arbeitet, einen Vertrag zu unterschreiben. Er kommt zum Vermieter und muss als erstes seinen Pass zeigen. Denn in beratenden Internetblogs für Wohnungsvermieter heißt es, man solle immer als erstes den Pass kontrollieren, schließlich könne man heutzutage weder am Gesicht noch an der Sprache erkennen, woher jemand kommt.

So zeigt unser zukünftiger Nicht-Mieter seinen Pass der Russischen Föderation, ein Dokument, das seine Verfassungsrechte, darunter auch die Bewegungsfreiheit, garantieren soll. Der Vermieter blättert auf Seite 5, auf dem Stempel steht: Registriert am 22. Oktober 1998 unter der Adresse: Republik Tschetschenien. Stadt: Grosny usw. „Wir können Sie leider nicht registrieren, wir sehen da keine Chance... Bist Du schon lange hier? Aha, fünf Jahre... Hast Du eine Arbeit? Aha, illegal, verstehe.“

Für Adam ist die Stadt eine Art Landkarte der Wahrscheinlichkeit erwischt zu werden.

Wer ohne Propiska länger als 90 Tage in Moskau bleibt, begeht eine Ordnungswidrigkeit. Die daraus entstehenden sozialen Probleme werden in den Medien und politischen Diskussionen im Sinne des ethnozentristischen Diskurses als „kulturelle Probleme“ umschrieben. Wenn in den öffentlichen Diskursen der Staat als ein Organismus beschrieben wird, der nur eine gewisse Prozentzahl „Ausländer“ aushalten kann, dann sorgt die Polizei in der Praxis dafür, den Organismus vor der „Überdosis“ zu schützen. Adam hat zum Beispiel Propiska in Urus-Martan, einer Stadt in der Tschetschenischen Republik, er lebt aber seit 15 Jahren mit seiner Familie in Moskau. Menschen ohne Propiska müssen ständig Angst vor Kontrollen und immer Bargeld bei sich haben. Für Adam ist die Stadt eine Art Landkarte der Wahrscheinlichkeit erwischt zu werden: „Ich wurde nicht jeden Tag kontrolliert. Wenn man zum Beispiel am Bahnhof Belorussky Woksal aussteigt, gibt es da natürlich viel mehr Polizei, aber auch viel mehr Leute, die so aussehen wie ich. Wenn du aber an einer anderen Station aussteigst, da sind sie nicht jeden Tag. Vielleicht wurde ich einmal pro Woche kontrolliert. Es ist nicht so schlimm. Als ich noch keine Propiska hatte und auch keine Eigentumswohnung, musste ich immer Geld dabei haben. Manchmal hat es hundert oder zweihundert Rubel gekostet, manchmal sollte ich mit auf die Polizeistation und da bezahlen. Das war aber auch nicht so schlimm.“

Nicht mehr als zehn Prozent

2010: Eine als kritisch-liberal (im russischen Verständnis des Wortes) geltende TV-Sendung. Das Thema: „ethnokulturelle Sicherheit“ und „ethnische Balance“. Die „Experten“ reden über zehn Prozent als eines erträglichen Anteils der „Migranten“ an der Gesamtbevölkerung, dessen Überschreiten ethnische Konflikte hervorruft: „Wir wissen, wenn die Zahl der ethnischen Migranten zehn Prozent überschreitet, entsteht fast automatisch ein Ausbruch von Phobien. Wenn wir nicht wollen, dass Menschen mit langen Nasen oder schmalen Augen in Moskau verprügelt werden, sollten wir die Migration kontrollieren.“

Wie eine solche Kontrolle aussehen kann, oder besser gesagt, was solche Reden für Auswirkungen haben können, zeigt ein Blick auf die Straßen Moskaus zwischen dem 11. und 15. Dezember 2010: Nach dem Tod eines Fußballfans kamen in diesen Tagen in Moskau mehrere tausend junge Leuten

**„Experten“ reden über
„ethnokulturelle Sicherheit“ und
„ethnische Balance“.**

zusammen, die mit nationalistischen Sprechchören und Fußballsymbolik forderten, Moskau von den „Kaukasern“, den „Schwarzen“ und den „Illegalen“ zu säubern und gegen die Korruption in der Miliz vorzugehen. Dabei kam es zu zahllosen Angriffen auf als „Schwarze“ stigmatisierte Passantinnen und Passanten, von denen viele zum Teil erheblich verletzt wurden. Rechtsanwälte und Menschenrechtsaktivisten wurden ermordet oder mit dem Tod bedroht. Eine Woche lang debattierten Politik und opposi-

tionelle Intellektuelle heftig darüber, wie es dazu kommen konnte, dass „unsere Kinder so etwas machen“. Premierminister Vladimir Putin vermutete, dass die Intellektuellen den Kindern die aktive Nicht-Liebe zur Polizei beigebracht hätten und nannte sogar die Namen der Provokateure: „Nemzow und andere“. Boris Nemzow ist ein Gegner Putins. Die Intellektuellen schimpften auf die Korruption in der Miliz und die ausweglose Situation in Russland, welche „die Kinder“ auf den Manezhskaja Platz zwingt. Die „Kinder“ aber veranstalteten noch drei Tage lang Pogrome. Sie prügelten und töteten Menschen nicht nur in Moskau, sondern auch in St. Petersburg, Woronezh, Jaroslavl und anderen Städten. Sie wurden in der Öffentlichkeit aber nicht zu Mördern, sie blieben im Diskurs immer Kinder, Fußballfans oder allenfalls radikale Jugendliche, deren Zukunft in Gefahr sei. Die Pogrome wurden als Gewalt gegen Personen „mit nicht slawischem Aussehen“ bezeichnet. Aussehen? Ist die 8-jährige Irsa aus Grosny tatsächlich schwarz und mit „solch einer Nase“ ausgestattet? Zu dieser haarsträubenden Opfer-Täter-Umkehr passt ein Zitat von Wladimir Putin aus seiner Rede auf der Sitzung des Staatsrats am 27. Dezember 2010: „Wir sollten die Strafe im Falle des Verstoßes gegen das administrative Regime härter machen. Bisher hatten wir, wenn ich mich nicht irre, Paragraph 196 über den Verstoß gegen das Passregime. Jetzt haben wir die Propiska abgeschafft und wir haben einen Beschluss des Verfassungsgerichts. Aber auch in diesem Rahmen können wir die Strafe für Verstöße gegen das administrative Regime erhöhen bis zur strafrechtlichen Verantwortung. In so einem Fall bekämen die regionalen Machtorgane einen Teil der Verantwortung dafür, dass so ein Regime eingehalten wird. Viele Personen werden versetzt und abgeschoben aus großen administrativen Zentren des Staates, dahin, woher sie gekommen sind.“<

Olga Reznikova
lebt in München
und arbeitet am
Institut für Volkskunde/Europäische
Ethnologie der LMU
München